



Heidenheim, 20.04.2009
Henle, Dieter

I. Vorlage an:

Gemeinderat

am 28.04.2009 Kenntnisnahme öffentlich

Tagesordnungspunkt:

Sicherheitskonzept an Heidenheimer Schulen und Kindertageseinrichtungen
bei Gewaltvorfällen

Anlagen:

SPD-Antrag

II. Beschlussantrag:

Der Gemeinderat nimmt den Bericht über das Sicherheitskonzept an Heidenheimer
Schulen und Kindertageseinrichtungen bei Gewaltvorfällen zur Kenntnis.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

III. Sachdarstellung und Begründung:

Aus der Verantwortung der Stadt Heidenheim für die Sicherheit der Kinder sowie Schülerinnen und Schüler, die eine Bildungseinrichtung in städtischer Trägerschaft besuchen, wurden bereits in den letzten Jahren weitreichende Sicherheitsstandards in den Gebäuden der Kindertageseinrichtungen und Schulen in Heidenheim festgelegt. Die Stadtverwaltung nahm jedoch die schrecklichen Ereignisse an der Albertville-Realschule in Winnenden zum Anlass, das technische und organisatorische Sicherheitskonzept für öffentliche Einrichtungen, insbesondere in Bezug auf Gewaltdelikte (z. B. Amoklauf) zu verbessern und fortzuschreiben. Gewaltvorfälle und Möglichkeiten der Prävention sind regelmäßig Gegenstand des Kommunalen Arbeitskreises der Kriminalprävention und des Modellprogramms „Wir kümmern uns selbst“. Die Stadt Heidenheim nimmt an diesem Modellprogramm zur Entwicklung lokaler Potenziale zur Kriminalprävention im Kindes- und Jugendalter teil, welches derzeit in 6 Kommunen bundesweit erprobt wird. Es wird begleitet vom Institut für Entwicklungsplanung und Strukturforschung der Universität Hannover.

Unabhängig des Antrages der SPD-Fraktion wurde von Seiten der Stadtverwaltung bereits eine Sicherheitsbesprechung aus aktuellem Anlass anberaumt, welche am 02.04.2009 unter Leitung von Bürgermeister Rainer Domberg stattgefunden hat. An dieser Beratung zur Überprüfung der Sicherheitsverhältnisse an Heidenheimer Bildungseinrichtungen beteiligten sich die Polizeidirektion, der Feuerwehrkommandant, die Geschäftsführenden Schulleiter, der Fachbereich Bürgerservice, der Geschäftsbereich Recht, Ordnung und Sicherheit und der Fachbereich Familie, Bildung und Sport. Bei dieser Gelegenheit wurden auch die Anregungen der SPD-Fraktion aufgegriffen und diskutiert.

Pädagogische Präventionsprogramme:

Vor allem von der Polizei wurden die zahlreichen Gewaltpräventionsprogramme der Stadt Heidenheim sehr gelobt, die sowohl im Vorschul- als auch im Schulalter an den Heidenheimer Bildungseinrichtungen mit Erfolg eingeführt wurden. Es ist dies konkret die Konfliktbearbeitung im Kindergarten – ein Trainingsprogramm zur Schulung von Konflikt- und Empathiefähigkeit im Vorschulalter, das in den städtischen Kindertageseinrichtungen bei Bedarf Anwendung findet. Die Methoden finden ihre Fortführung bis zur Sekundarstufe durch das Heidenheimer Stadtprojekt zur Schulmediation und Streitschlichtung „Prävention und Soziales Lernen“, welches bereits seit 2002 durch den Verein G-Recht (ehemals Täter-Opfer-Ausgleich e.V.) durchgeführt wird. Der Kultur-, Sozial-, Schul- und Sportausschuss stimmte der unbefristeten Fortführung des Programms am 27.11.2008 zu. Ferner hat sich in Heidenheim die Schulsozialarbeit, v.a. an Ganztageschulen, als unverzichtbarer Bestandteil bei der Bewältigung von Problemen an der Westschule, der Ostschule, der Friedrich-Voith-Schule und projektbezogen an der Hirscheck- und Silcherschule etabliert.

Die Teilnehmer der Sicherheitsbesprechung vom 02.04.2009 waren sich einig, dass Schulen und Kindergärten Begegnungsstätten und Orte der Gemeinschaft bleiben müssen. Daher ist im weiteren Vorgehen wichtig, zwischen Erzeugung von Angst und Panik gegenüber Transparenz und sinnvoller Prävention abzuwägen. Diesem Grundsatz will ebenso der SPD-Antrag Rechnung tragen. Das große Problem der Nachahmer, die nicht nur polizeiliche Ressourcen unnützlich binden, verlangt nach einem behutsamen Umgang mit Bedrohungsszenarien.

Organisatorischer Sicherheitsstandard:

Die Polizei und die Feuerwehr verfügen über eine klare Taktik und Prozessablaufpläne im Notfall, die sich auch auf Gewaltdelikte erstrecken. Ein solcher Prozessablaufplan mit verantwortlichen Ansprechpartnern wurde nun auch für die Stadtverwaltung entwickelt. Dabei ist vorgesehen, dass bei außergewöhnlichen Ereignissen bei der Verwaltung ein Stab eingerichtet wird. Der Aufgabenumfang und die Zusammensetzung des Stabes sind festgelegt. Des Weiteren ist ein Organigramm mit aktuellen Telefonnummern der zwingend erforderlichen Behörden und der ständigen Mitglieder des Stabes erstellt. Die Übung der Abläufe des Krisenstabes wird kurzfristig durchgeführt.

Aus Sicht des vorbeugenden und abwehrenden Brandschutzes werden an den Heidenheimer Schulen und Kindergärten regelmäßig Brandverhütungsschauen in Zusammenarbeit mit dem Geschäftsbereich Bauordnung und Denkmalschutz zum Erkennen und Beurteilen von baulichen und organisatorischen Mängeln durchgeführt. Die Durchführung von Räumungsübungen und Anleiterproben bei schwierigen örtlichen Verhältnissen in Zusammenarbeit mit den Schul- und Kindergartenleitungen gehören ebenso zum Standard, wie die Unterstützung bei der Brandschutzerziehung in Zusammenarbeit mit der städtischen Feuerwache.

Im Rahmen der vorbereitenden Maßnahmen zur Bewältigung von Gewaltvorfällen und Schadensereignissen sind die Schulleitungen per Verwaltungsvorschrift des Landes jährlich verpflichtet, u.a. ein schulinternes Krisenteam einzuberufen und einen Krisenplan mit Alarmierungsketten, Anweisungen zum Verhalten bei Brand, Bombendrohung oder Gewaltvorfällen auf der Basis des vom Innenministeriums und Kultusministeriums Baden-Württemberg herausgegebenen Rahmenkrisenplan unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse in Abstimmung mit dem Schulträger zu erstellen. Die Feuerwehr und die Polizei wirken hierbei beratend mit. Diese Pläne liegen in Heidenheim sowohl dem Schulträger als auch der Polizei für den Ernstfall vor. Die Gewährleistung, dass die Krisenpläne lückenlos und aktuell sind sowie jährlich dem Schulträger und der Polizei vorgelegt werden, liegt in der Verantwortung der Schulleitung und wird vom Schulträger zusätzlich überprüft.

Unter Einbeziehung der Erfahrungen aus Winnenden wurden folgende organisatorische Optimierungsmaßnahmen von Seiten des Schul- und Kindergartenträgers für Heidenheim veranlasst: Es werden angemessene Krisenpläne für die öffentlichen Einrichtungen (Außenstellen) anhand einer Musterdienstanweisung und eines Musterkrisenplanes für die Kindertageseinrichtungen entwickelt. Den Krisenplänen werden künftig die Grundrisspläne der Einrichtungen beigelegt. Als weitere vorbeugende Maßnahme wurden Handreichungen mit 5 Verhaltensanweisungen für das pädagogische Personal (DIN A 6-Größe) erarbeitet. Darüber hinaus werden in Absprache mit den Geschäftsführenden Schulleitungen und den Trägern von Kindertageseinrichtungen in Heidenheim zentrale Informationsveranstaltungen unter der Mitwirkung von Polizei und Feuerwehr anberaumt: für den Schulbereich in Form einer Schulleiter-Dienstbesprechung und eines zentralen Informationsabends für alle Schulen sowie für den Kindertagesstättenbereich im Rahmen des nächsten Kindergartenfachgesprächs, um einen trägerunabhängigen Standard zu erreichen.

Technischer Standard:

In vielen städtischen Schul- und Kindergartengebäuden sind Brandmeldeanlagen vorhanden. Dadurch kann ein Feuer in der Entstehungsphase detektiert werden und durch die akustische Alarmierung ist eine schnelle Selbstrettung der im Gebäude befindlichen Personen möglich. Die Erreichbarkeit der Gebäude, Zufahrten und Aufstellflächen sowie die Löschwasserversorgung ist nach Ansicht des Feuerwehrkommandanten an allen Schulen und Kindertageseinrichtungen gegeben.

Elektroakustische Anlagen sind in folgenden nachstehenden öffentlichen Gebäuden, Schulen bzw. Sportstätten vorhanden und bieten die Möglichkeit, zwei unverwechselbare Durchsagen zu tätigen (im Brandfall offen, bei einer Amoktat verschlüsselt, z.B. durch ein Codewort, welches nur dem Fachpersonal bekannt ist): Rathaus Heidenheim, Bergschule, Grundschule Reuteneben, Mittelrainschule, Rauhbuchschule, Friedrich-Voith-Schule, Hirscheckschule, Ostschule, Silcherschule, Westschule, Adalbert-Stifter-Realschule, Eugen-Gaus-Realschule, Hellenstein-Gymnasium, Max-Planck-Gymnasium, Schiller-Gymnasium, Werkgymnasium, Christophorus-Schule, Karl-Rau-Halle. Die jährlichen Wartungskosten betragen derzeit 445,06 Euro je Anlage. In anderen öffentlichen Einrichtungen ist die Alarmierung über ein eindeutiges Tonsignal möglich.

Gegenwärtig findet eine Überprüfung mit Dokumentation aller städtischer Gebäude in Bezug auf „bauliche Schwachstellen“ mit den Beteiligten wie Nutzer, Polizei oder anderen Sicherheitskräften statt. Dabei werden für künftige Sanierungsmaßnahmen und zur kurzfristigen Optimierung die Kosten für die Aufschaltung zweier unterschiedlicher akustischer Signale je nach baulicher Situation sowie die Ansteuerung einzelner Klassenzimmer über solche elektroakustische Anlagen oder optische Signalgeber eruiert.

Türsicherungen oder Zutrittskontrollen an Schulen, Kindergärten und sonstigen öffentlichen Einrichtungen sind zwar generell möglich; Maßnahmen und Kosten sind jedoch bei jedem Gebäude unterschiedlich. Allein für eine zugelassene Türsicherung in Flucht- und Rettungswegen, die den unbeaufsichtigten Zugang zum Gebäude unterbindet, gleichzeitig im Gefahrenfall die Flucht von innen nach außen jederzeit zulässt, muss mit erheblichen Kosten (zirka 5.000 Euro pro Tür) gerechnet werden.

Weitergehende technische Maßnahmen wie Metalldetektoren oder Zugangskontrollen, die einem offenen und vertrauensvollen Zugang von Kindern, Schülern und Eltern zu ihren Bildungseinrichtungen entgegenstehen, werden von den Schulleitungen und dem Schulträger als überzogen bewertet.

Fazit:

Laut Polizeiberichten hatten bisher alle Täter von Gewalttaten an deutschen Schulen einen Bezug zum Ort des Geschehens. Die Täter waren in den meisten Fällen äußerlich integriert, z.B. in Form der Mitgliedschaft in einem Verein. Im Nachhinein wurden häufig Rückzugstendenzen festgestellt. Die Logik und die Handlung von Gewalttaten wie Amok folgen häufig nicht nachvollziehbaren Mustern. Es wird daher realistischerweise nie ein Präventionsprogramm speziell zur Vermeidung von „Amoktaten“ entwickelt werden können. Es geht vielmehr darum, mögliche Störungen und Auffälligkeiten im Vorfeld zu erkennen und damit Entwicklungsverläufe frühzeitig positiv beeinflussen zu können. Zugleich müssen die Grenzen staatlichen Handelns gesehen werden: Solange Waffen in Privaträumen gelagert werden dürfen, wird man nur schwer ausschließen können, dass Jugendliche auch an diese Waffen gelangen können.

Die jüngsten Ermittlungsergebnisse im Fall Winnenden deuten darauf hin, dass gewaltverherrlichende Computerspiele eine nicht zu vernachlässigende Rolle spielen. Neben den Bemühungen um einen entsprechenden Jugendmedienschutz kommt es darauf an, die Sensibilität aller Verantwortlichen zu schärfen. Extensive Nutzung von Computerspielen in Verbindung mit zunehmendem Rückzug sollte in jedem Fall ein Anlass für vermehrte pädagogische Aufmerksamkeit sein. Darüber hinaus gibt es nach wie vor erheblichen Handlungsbedarf in der Medienerziehung, in Bildungseinrichtungen wie im Elternhaus. Eltern sollten mit breiter Information ermutigt werden, frühzeitig professionelle Hilfe bei Bedarf in Anspruch zu nehmen.

Die Stadtverwaltung hat unabhängig davon in Kooperation mit den Sicherheitsbehörden die möglichen organisatorischen und technischen Maßnahmen erörtert und wird diese verantwortungsbewusst umsetzen.

Rainer Domberg
Bürgermeister